

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Kretzmer, Rud. Woffe; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haafenstein u. Bogler; in Frankfurt a. M.: Säger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Gartmann's Buchhandl.

Danziger



Zeitung.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Karlsruhe, 13. Jan. Die Abgeordnetenkammer nahm mit allen gegen eine Stimme den Gesetzentwurf an, wonach an allen Gelehrtenhöfen Lehrer jeder Confession angestellt werden können. (W. T.)

Wien, 13. Jan. Gutem Vernehmen nach hat die Minorität des Ministeriums dem Kaiser ihre Bereitwilligkeit erklärt, bis zur Beendigung der Adressenbetriebe im Herrenhause im Amt zu bleiben, alsdann würde die Entlassung derselben wahrscheinlich sofort erfolgen. (W. T.)

Paris, 13. Jan. In der heutigen Sitzung des Senats erklärte der Handelsminister in Beantwortung der Interpellation des Senators Battenwal, daß der Handelsvertrag mit England nicht gekündigt, daß aber die Fortdauer desselben einer parlamentarischen Enquete unterworfen werden wird. — Gutem Vernehmen nach war den Polizeibehörden gestern sehr streng eingeschärft worden, mit äußerster Schonung vorzugehen und nur in Fällen absoluter Nothwendigkeit Gewalt zu brauchen. Die Organe der Polizeibehörde wurden von den Bürgern in der Aufrechterhaltung der Ordnung vielfach energisch unterstützt. Auf dem Boulevard Montmartre wurden mehrere, mit Waffen versehene Personen durch Bürger der Polizei übergeben. — Die größte Ruhe herrscht heute in ganz Paris. — Die Nichtigkeitsbeschwerde Traupmann's ist zurückgewiesen. — Das „Journal officiel“ meldet, daß der päpstliche Nuntius gestern dem Kaiser einen eigenhändigen Brief des Papstes überreicht hat. (W. T.)

Nachm. Gesetgebungskörper. Die Commission hat sich für Ertheilung der Erlaubniß zur Anlageerhebung gegen Rochefort ausgesprochen. Der Bericht wird gedruckt werden und die Beratung der Kammer über diese Angelegenheit Montag stattfinden. Rochefort erklärte, ihm wäre es am liebsten, wenn die Beratung gleich morgen stattfände. — Der Kaiser hat heute die Casernen besucht und wurde seitens der Truppen überall mit lebhaftem Zurufe empfangen. In den Arbeitsvierteln dauert die Aufregung fort, doch ist die Ruhe bisher nirgend gestört worden. (N. T.)

Madrid, 13. Jan. Gegenüber den Gerüchten, daß Rivas sich der Partei Montpensiers angeschlossen habe, ist „Imparcial“ von Rivas ermächtigt zu erklären, daß derselbe die Candidatur Montpensiers stets als unmöglich angesehen habe, und auch jetzt noch entschieden derselben Meinung sei.

Die deutschen Gewerkvereine.

Der Streik der Grubenarbeiter in Waldburg währt jetzt sechs Wochen und hat so wenig an Schärfe des Kampfes zwischen den Grubenbesitzern und den Bergleuten verloren, daß nicht abzusehen ist, wie er enden soll. Die Besitzer wollen nicht eher in Unterhandlungen mit den Arbeitern eintreten, als bis diese einen Revers unterzeichnet haben, daß sie aus ihrem Gewerkverein austreten wollen, und die Arbeiter verachten dies mit Recht als eine ihnen angemessene Entwürdigung. Es giebt für sie kein Coalitionsrecht und keine persönliche Freiheit mehr, wenn sie gezwungen werden können, nur solchen Vereinen anzugehören, deren Statuten ihre Arbeitgeber gestatten haben.

Die Grubenbesitzer behaupten freilich in Bezug auf den Waldburger Gewerkverein, daß dieser sie zu beherrschen trachte und daß ihr Geschäft dies nicht ertrage. Gleiches ist aber auch von den Grubenbesitzern in England in Bezug auf die trade-unions behauptet, und aus denselben Gründen sind dort die langwierigen Kämpfe der Grubenarbeiter geführt worden, ohne daß die Kohlenproduction darunter gelitten hätte. Wenn man diese Erscheinungen des englischen Arbeiterlebens ins Auge faßt, so kann man sich nicht wundern, daß

sie sich bei uns wiederholen. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen. Nichts ist natürlicher, als daß mit der Bildung der Gewerkvereine der Trieb bei den Waldburger Arbeitern erweckt wurde, ihre Lage zu verbessern. Sie hatten schon seit längerer Zeit über schlechte Behandlung zu klagen, namentlich über die kurze Zeit bei der Kündigung der Wohnungen, und über den niedrigen Normallohn von 7½ und 10 Sgr. Daß hierüber schon im Sommer vorigen Jahres unter den Arbeitern laut gemurmelt wurde, ist durch Berichte von Reisenden festgestellt und ebenso kann man wohl annehmen, daß der Entschluß zu der Arbeitseinstellung in Waldburg selbst gefaßt wurde. Der Generalrath in Berlin war den Statuten der Gewerkvereine nach verpflichtet, von jedem Streik abzumachen und zur Vermittelung durch Unterhandlungen zu rathen. Diese wurden dadurch abgeschnitten, daß die Grubenbesitzer die Unterzeichnung des Reverses verlangten. Sie wollen den Kampf gegen die Gewerkvereine, und Dr. Hirsch beschuldigt sie sogar unter Berufung von Zeugen der Vortrüblichkeit, weil sie sich zuerst bereit erklärten, auf die Statuten des Gewerkvereins einzugehen, wenn einige Bestimmungen derselben geändert würden und dies nachher, als die Aenderung getroffen war, doch ablehnten. Man kann es bedauern, daß die Grubenarbeiter in diesen Principienkampf hineingezogen worden sind; es wäre für sie unzweifelhaft besser, wenn sie nur über ihre Lohnverhältnisse und ihre Behandlung zu verhandeln gehabt hätten, sie können aber auch andererseits stolz darauf sein, daß nicht nur sämmtliche Gewerkvereine Deutschlands, sondern auch die Liberalen der verschiedensten Fractionen für sie Partei genommen und zur Unterstützung ihres Kampfes beigetragen haben. Ihre Sache ist zur Ehrensache der Fortschrittspartei geworden, soweit sie das Coalitionsrecht betrifft. Den Streik wünscht jeder Liberale vermittelt zu sehen, aber er muß auch verlangen, daß den Bergleuten ihre persönliche Freiheit bei der Bildung von Vereinen nicht verklümmert werde. Darüber in Verhandlungen einzutreten ist die Pflicht der Grubenbesitzer, und sie werden sich ihr nicht entziehen können, ohne die größte Verantwortlichkeit auf sich zu laden. Denn wie soll dieser Streik enden? In dem socialen Kriege, wie in England!

Der Streit dreht sich jetzt bereits in der Presse um die Gewerkvereine. Die Grubenbesitzer haben einen berechneten Anwalt in der „Kölnischen Ztg.“ gefunden, die immer bei der Hand ist, wo es sich um das Interesse von Capitalisten handelt, und für die es nie ein richtiges Volksinteresse gegeben hat; sie brauchen sich nur auf die Artikel dieser Zeitung zu stützen, um mit der Forderung aufzutreten, daß die Gewerkvereine aufgehoben werden müssen, wenn Ruhe und Frieden unter den Arbeitern herrschen soll.

Wunderbar, daß die „Kölnische Zeitung“ erst jetzt zu dieser Weisheit gekommen ist, denn an der Bildung der Gewerkvereine wird schon seit dem November 1868 gearbeitet, und ihre Organisation ist über ganz Deutschland verbreitet. Erst jetzt fällt es ihr ein, die zu enthusiastischen Berichte, welche Dr. Hirsch im Beginn jenes Jahres aus England über die dortigen Gewerkvereine für die „Volkstz.“ schrieb, zu perflistern, um daran den Vorwurf zu knüpfen, daß dieser Schriftsteller das Uebel, an dem die englischen Arbeiterverhältnisse krankten, bei uns einschleppe. Die Statuten der deutschen Gewerkvereine sind aber bekanntlich nicht von Dr. Hirsch, sondern von einer Commission von neun Industriellen entworfen und auf eine ganz andere Basis gestellt worden, als die der trade-unions. Deren Mängel, die hohen Beiträge und die unhaltbaren Verheißungen großer Unterstüßungen, sowie der Zwang der Statuten sind in Deutschland vermieden, in jedem Orte können sich die Gewerkvereine nach

ihren besonderen Verhältnissen organisiren, sie sind selbstständig, und nur eine Generalversammlung ihrer Delegirten steht über der ganzen Organisation, welche einen Generalrath von 16 Mitgliedern auf ein Jahr als ihre Executive bestellt. Das demokratische Prinzip ist also vollständig gewahrt und es kann nur nach dem Willen der Allgemeinheit verfahren werden, denn dieser ist zur Genüge vertreten.

Trotzdem behauptet die „Köln. Ztg.“, daß der Gedanke dieses Verbandes „zwar viel edler und selbstsuchtloser ist, als der einzelnen Gewerkvereine in England, aber auch viel höher, schwindelhafter und anmaßender“. Und weshalb? „Es soll nicht bloß für einen einzelnen Gewerbezweig durch Zunft-Statuten jedem Mitglied sein „Antheil“ an der Production und Vertheilung der Arbeits-Erzeugnisse bestimmt werden, sondern für alle Gewerzweige durch eine Verbands-Organisation, die einen Staat im Staate bildet und eine oberstrichterliche Gewalt austheilende Gerechtigkeit anstrebt, wie die Länder sie an König und Parlament niemals wägen zugestehen wollen!“ Die „Köln. Ztg.“ macht bei diesem Urtheil ihre Supposition zum Ausgangspunkt ihres Denkens und zieht aus dieser Annahme Schlüsse, die sie zu der Verdächtigung führen, daß wir durch diese Gewerkvereine zu der verrufenen „Organisation der Arbeit“ gelangen, die so viel Unheil in der Welt angestiftet habe. Da die Voraussetzung aber falsch ist, sind es auch die Schlüsse. Eine solche Beweisführungsweise ist in der Wissenschaft nicht erlaubt, und darf deshalb auch in der Publicistik nicht gestattet sein. Die Gewerkvereine sind berechtigt, der „Köln. Ztg.“ nicht nur ihre Vorwürfe der Hohlheit und Anmaßung zurückzugeben, sondern auch den der Persidie hinzuzufügen.

Wenn die Arbeiter der verschiedenen Industriezweige sich vereinigen, um sich Unterstüßungen in Krankheitsfällen und Nothständen zu sichern, so erlangen sie dadurch keine Macht über den Arbeitslohn, denn sie sind außer Stande diesen zu steigern, wenn die Arbeitsverhältnisse dies nicht gestatten. Kein Kapitalist wird sich zwingen lassen, sein Geschäft mit Verlust zu treiben. Wo es sich aber zeigt, daß die Arbeiter gegen die anderer Gegenden zu niedrig bezahlt werden, ist es ihnen nicht zu verdenken, wenn sie die Forderung erheben, daß sie besser gestellt werden. Greifen sie dabei zum Mittel des Streiks, so haben sie nur in dem Falle, wo dieser als Nothwehr gerechtfertigt ist und wo sie als misshandelt erscheinen, auf Unterstüßung der andern Gewerkvereine zu rechnen. Dadurch, daß diese die Streiks nicht suchen und nicht begünstigen, unterscheiden sie sich von den Socialisten, welche die Streiks zum Mittel für den socialen Krieg machen möchten. Wer diesen Unterschied nicht anerkennt, verleugnet die Wahrheit.

Der „Kölnischen Ztg.“ ist es um diese so wenig zu thun, daß sie die wichtigen Erfolge, welche die englischen Gewerkvereine trotz ihrer Mängel für die Arbeiterverhältnisse erkämpft haben, gänzlich außer Acht läßt. Der Graf von Paris hat in seiner Schrift über diese englischen Gewerkvereine viel gründlicher und objectiver geurtheilt, als diese große Zeitung, der so viel literarische Kräfte zu Gebote stehen. Ihr geht hier, wie schon so oft, das Interesse einzelner Klassen über das allgemeine.

Werden nun die Waldburger Grubenbesitzer sich auf diese Zeitung stützen? Wir müssen es nach ihrem bisherigen Verfahren erwarten. Sie haben ja außerdem noch die Regierung für sich, welche den Gewerkverein in Waldburg durch ihre Presse bekämpfen läßt, um die alten Knappschaftsklassen zu erhalten. Diese haben gewiß viel Gutes und wo die Bergarbeiter sie behalten wollen, mögen sie bestehen bleiben; es darf ihnen nur nicht die Freiheit entzogen

Emile Ollivier.

III.

1864 lieferte Ollivier als Referent einen meisterhaften Bericht über das Coalitionsgesetz, der seine glänzenden Eigenschaften wieder in ihr volles Licht setzte. — 1865 trennte er sich vollständig von der Opposition, indem er für die Adresse stimmte, welche jene nach ihrer Tradition zu verwerfen hatte. Mit dieser Nachgiebigkeit verband er aber zugleich ein sehr entschiedenes Auftreten für einzelne Freiheitsforderungen, weil er schon damals wußte, daß in den Tuilerien Kämpfe darüber geführt werden. Ollivier unterstützte die Regierung, um sie für seine Pläne zu gewinnen.

Dieses Vorgehen machte selbst einen Theil des Tierspartei feindlich, und Latour-Dumoulin lehnte jede Solidarität mit Olliviers Forderungen ab. Die Vuffeische Fraction war den kühnen Projecten Olliviers zugänglich, und Ollivier schloß sich ihr im Jahre 1866 vollständig an, da er eines Rückhalts bedurfte. In jenem Jahre wagte die Partei einen entscheidenden Schlag, sie forderte den Ausbau der Verfassung, und zu diesem Zweck das Recht der Interpellation und die Verpflichtung der Minister, ihre Sache persönlich vor der Kammer zu vertreten. Buffet vertheidigte diesen Antrag. Ollivier billigte ihn aber nur im Allgemeinen, ihm war er zu theoretisch-constitutionell und er kam auf seine Ansicht von der Verantwortlichkeit des Staatsoberhauptes zurück. In andern Reden sprach Ollivier ausführlich über die Unterscheidung zwischen der bürgerlichen und politischen Freiheit, und wies nach, daß sich das Kaiserthum in eine Halbheit verloren habe, aus der es früher oder später heraustreten müsse. Er untersuchte die Möglichkeit einer cäsarischen Demokratie und kam dabei zu dem Schlusse, daß dieses System in Frankreich so wenig Wurzel fassen könne als in irgend einem Culturstaate. Neben dieser parlamentarischen Thätigkeit wandte sich Ollivier in dieser Zeit auch der Journalistik zu, um seine Ideen zu verfechten. Er übernahm die Leitung der „Presse“ und schrieb eine Reihe bemerkenswerther Artikel, blieb auf diesem Gebiet aber doch hinter den Erwartungen des Publikums zurück und verließ es wieder.

Die Wiederholung seiner Ansichten in der Presse lieferten aber doch den Imperialisten den Beweis, daß Ollivier seine wirkliche Ueberzeugung aussprach und daß es ihm darum zu thun war, das kaiserliche Regiment mit der Freiheitsentwicklung zu versöhnen. Louis Napoleon selbst, der Olliviers Reden stets mit Aufmerksamkeit las, überzeigte sich mehr und mehr, daß er Concessionen machen müsse. Morny und Walewski drangen auf einen liberalen Staatsstreich, und der erstere lud Ollivier ein, mit Rouher in das zu bildende liberale Ministerium zu treten. Ollivier verweigerte dies, sagte aber seine Unterstüßung zu. Mornys Tod verhinderte diesen Plan, Walewski suchte ihn jedoch nach Kräften zu verfolgen.

Schon im Sommer 1865 war Louis Napoleon durch einen geschickt arrangirten Zufall mit Ollivier im Salon der Kaiserin zusammengetroffen und hatte ihn in einem längeren Gespräche seine Ansichten über die schwebenden politischen Fragen entwickeln lassen.

Im December 1866 wurde Ollivier von Walewski zu einer Besprechung eingeladen und erfuhr zu seiner Ueberaschung, daß der Kaiser seine Mitwirkung der projectirten Reformen verlange und ihm das Portefeuille des öffentlichen Unterrichts anbiete. Ollivier machte Einwendungen und verlangte zunächst die Beseitigung des Gesetzes über die Armee-reform, die Abschaffung des Artikels der Verfassung, welcher den Ministern verbietet, Deputirte zu sein und den sofortigen Erlaß eines liberalen Pressgesetzes. Als sich darauf Louis Napoleon einige Tage Bedenkzeit ansetzte, gerieth auch Ollivier wieder ins Schwanken. In einem Schreiben an den Kaiser formulirte er sein Programm schärfer und fügte seinen Forderungen hinzu: Das Interpellationsrecht, das Er-scheinen der Minister vor der Kammer, ein Gesetz über das Vereinsrecht, Reform des Gemeindegesetzes, Votirung des Pariser Budgets durch die Kammer, Beschränkung der officiellen Candidaturen.

Am 10. Jan. hatte er eine Audienz beim Kaiser, in der er seine Ansichten darlegte und diese Gelegenheit benutzte, um sich die Entbindung von seinem Worte zu erbitten. Dies war ein kluger Schritt Olliviers. Er sah ein, daß er mit

Rouher nicht zu seinem Zweck kommen, sondern sich nur für diesen ruiniren würde. Louis Napoleon sah dies ungefähr auch ein, denn in dem Briefe, welchen er darauf an Ollivier richtete, sprach er sich dahin aus, daß er wohl auf seine Forderungen im Allgemeinen eingingen, sie aber nicht in den einzelnen Punkten gewähren wolle. „Glauben Sie mir, was mich zurückhält, sagte er, ist weder die Ungewissheit noch eine eitle Eifersucht auf meine Prärogative, sondern die Furcht, mich der Mittel zu berauben, die wesentliche Grundlage der Freiheit wiederherzustellen.“ Bei dem Pressgesetz beunruhigte ihn die Art, wie in einem Gesetze die straf-sälligen Vergehen festzustellen sind. Die gefährlichsten Artikel können der Beurtheilung entgehen, während die unbedeutendsten von der Schärfe des Gesetzes getroffen werden. Da hat stets die Schwierigkeit gelegen.“ Wenn Louis Napoleon dies anerkannte, mußte er auch zu der Ueberzeugung kommen, daß alle Pressgesetze ein Uebel und nutzlos, eine bloße Quälerei für die Regierung wie für die Schriftsteller sind, aber zu dieser Ansicht, welche in England seit 50 Jahren herrscht, vermochte er sich nicht aufzuschwingen; er hatte in England nichts gelernt. Er wollte die „Ordnung des Gebäudes“, fuhr er in dem Briefe fort, und wolle sie mit einem Schlag herbeiführen. „Das Ziel muß lähn hingestellt werden, das ich erreichen will, ohne den Anschein zu haben, als würde ich von Jahr zu Jahr zu Concessionen fortgerissen, denn man fällt, wie Guizot sagt, immer nach der Seite, wohin man neigt, und ich will fest und gerade gehen, ohne bald nach rechts und bald nach links zu sehen.“ Und doch hat kein Politiker mehr geschwenkt als Louis Napoleon, kein Regent mehr durch Baudern verführt als er! Auch damals zeigte dies sich; die Reformen, welche der 19. Januar brachte, waren so kläglich, daß alle Welt darüber spottete.

Ollivier hat eine Schrift über den 19. Januar herausgegeben, in der er eine interessante Schilderung seiner Stellung zu Louis Napoleon giebt. „Man hat sich von der Person des Kaisers eine falsche Vorstellung gemacht, sagt er darin, man stellt ihn sich schweigend, theilnahmslos vor; in der That erscheint er so bei öffentlichen Feiern. In seinem Cabinet ist er ein anderer. Seine Physiognomie ist

werden, neue Organisationen, die ihnen besser zuzugewandt, an die Stelle der alten treten zu lassen. Alle diese Interessen müssen gründlich erörtert und recht entschieden werden, wenn der Streit der Waldenburger Vergleute mit den Grubenbesitzern geschlichtet werden soll. Weßhalb schreiten die Letzteren aber nicht dazu, weßhalb verhandeln sie nicht über ihr Recht, sondern stellen nur despotische Forderungen? Dieses Verfahren muß gegen sie aufbringen und darin liegt der schlimmste Mißstand dieses Kampfes, von dem wir kein gutes Ende mehr erwarten. Er ist der Anfang eines socialen Kampfes, der sich noch lange hinziehen und eine ähnliche Schule des Leidens über Arbeiter und Kapitalisten heraufführen kann, wie in England. Bei aller unserer Bildung lernen wir doch auch in Deutschland so schwer, wie in anderen Ländern, wenn es auf lebendige politische oder social-Interessen ankommt.

Berlin, 13. Jan. Die „Dresl. Btg.“ hatte die Bemerkung gemacht, Graf Bismarck habe den Vertrag zwischen Preußen und Bremen dem Abgeordnetenhaus als preußischer Minister nicht mehr überreichen dürfen, da er jetzt nur als Minister der auswärtigen Angelegenheiten für den nordb. Bund zu fungieren habe. Diese Annahme bezeichnet die „Nordb. Allg. Btg.“ als einen Irrthum. Das auswärtige Ministerium für Preußen besteht fort und wird durch den Grafen Bismarck repräsentirt. Es hat sich nichts geändert, als der Name, und die eingetretene Aenderung erhält nur dadurch Bedeutung, daß sie die Bereitwilligkeit andeutet, nach welcher Preußen jedem Particularismus entsagt hat, welcher es in der Erfüllung seiner deutschen Mission behindern könnte, heißt es in der „Schles. Btg.“ Wie gut Preußen ist! müssen hierzu die Kleinstaaten ausrufen. Aber dabei soll Preußen doch zugleich wieder preußisch bleiben. Dieses Doppelwesen unserer Politik kann noch zu recht wunderlichen Erscheinungen führen, und Graf Bismarck wird sich jetzt selbst zwei Seelen anschaffen müssen, da er bald als preußischer, bald als norddeutscher Bundeskanzler zu denken und zu handeln hat. — Im Abgeordnetenhaus fiel es auf, wird der „Dresl. Btg.“ berichtet, daß sich Graf Bismarck nach seiner Mittheilung über den Bremer Vertrag in ostentativer Weise den liberalen Mitgliedern des Hauses mit Uebergehung der Conservativen zuwandte und eine lebhafte Unterhaltung mit den Abgeordneten Vasker, v. Hennig und v. Bennigsen anknüpfte, die aber nicht politischer Natur war. Nur gelegentlich kam Graf Bismarck auf die Geheimraths-wirtschaft zu sprechen, welche ihm die Geschäfte vornehmlich dadurch erschwere, daß wenig Verständnis für die Reformarbeiten und namentlich für die deutsch-nationalen Angelegenheiten herrsche. Von oppositioneller Seite fragt man heute, ob damit bescheideneren Wünschen innerhalb der Mittelparteien ein Wink gegeben werden sollte? Jedenfalls wird man ihn von dieser Seite nicht verstehen wollen. Dem gewöhnlichen Ehrgeiz hätten sich längst untergeordnete Bahnen eröffnet, die nach Belieben benutzt werden könnten. Mit einem allfälligen vereinzelten Personenwechsel im Cabinet wird der ersetzte Systemwechsel nicht einmal vorbereitet und wenn ein liberales Organ nach Muster des Vorganges in Frankreich eine Trennung der Cultus- und Unterrichtsangelegenheiten verlangt, um die letzteren auf das Justizministerium zu übertragen, so sind die Parteigenossen im Abgeordnetenhaus von dieser Absichtszählung eben nicht begeistert. — Das Polizeipräsidium macht bekannt, daß das Druckschriften-Bureau aufgelöst sei, und daß die einzureichenden Pflicht-exemplare in dem Bureau des Polizeipräsidiums zu hinterlegen sind. Ob die bisherigen Lectoren damit ihrer Functionen enthoben sind, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich werden sie ihre Lesung der Zeitungen als Hilfsarbeiter der Staatsanwaltschaft fortsetzen.

— Der Abg. F. Dunder wird am 18. Januar das Ministerium darüber interpelliren, ob es gegründet ist, daß den feiernden Vergleuten im Waldenburger Kreise, welche auswärtige Arbeitsstellen, z. B. in Oesterreichisch-Schlesien und Baden aufsuchen wollen, die Auslandspässe verweigert oder nur gegen Hinterlegung von Caution ertheilt werden, und ob die Beschwerden über die Verlegung des Versammlungsrechts durch die Polizeibehörden in Waldenburg begründet sind. — Von dort wird in der „Schles. Btg.“ berichtet, daß der „Waldenburger Correspondent“ als Beilage zu dem „Waldenburger Wochenblatt“ erschienen ist. Die Correspondenz bespricht die Compromißversuche und ermahnt die feiernden Vergleute zur Rückkehr zur Arbeit. Er behauptet auch, daß sich täglich mehr Vergleute zur Arbeit melden; sowohl solche, die von außen kommen, als strikende Arbeiter. Der „Kreuztg.“ wird aus Waldenburg geschrieben, man hoffe, bald von Reformen im Knappschaftswesen be-

richten zu können, durch welche den Vergleuten der tatsächliche Beweis geliefert werden soll, daß die Gruben-Repräsentanten und Verwalter ihre wahren Freunde sind. Wenn von dieser Seite der Streit vermittelt würde, ließe sich ein Ausgleich hoffen; nur müßte man da den Vergleuten dieselben Vortheile gewähren, welche ihnen die Gewerkvereine bieten, und ob man dazu bereit sein wird, ist zu bezweifeln.

— Die Nachricht, daß das Zollparlament in diesem Jahre nicht zusammentreten soll, wird der „C. S.“ als verfrüht, wo nicht ganz unbegründet bezeichnet. Man meint, das Zollparlament müsse schon um des mit Mexiko abgeschlossenen Handels- und Schiffsahrtsvertrages willen zusammentreten. Dieser Vertrag ist wichtig, namentlich wegen der durch die Annexprotocolle der Navigation stipulirten Begünstigungen, und das Zollparlament muß in nicht zu ferner Zeit über den Vertrag Beschluß fassen, weil innerhalb einer bestimmten Frist die Ratification erfolgt sein muß. Das Zollparlament würde sich auch mit den vielen Anträgen auf Abänderung in dem Vereinszolltarif zu beschäftigen haben.

— Der Abg. v. Hennig ist in der vergangenen Nacht von einem heftigen Schlaganfall getroffen worden. Der Zustand desselben ist jedoch der Art, daß für jetzt große Befürchtungen nicht geübt werden, indessen dürfte derselbe doch immer so bedeutend sein, daß der so rührige Abgeordnete an den Arbeiten der Legislative für längere Zeit behindert sein wird.

EKB. Der heutige „Staatsanzeiger“ veröffentlicht den Freundschafts-, Handels- und Schiffsahrts-Vertrag zwischen dem Nordb. Bunde und den zu diesem Bunde nicht gehörigen Mitgliedern des deutschen Zoll- und Handelsvereins einerseits und Japan andererseits vom 20. Februar 1869.

Bremen, 13. Jan. Die Bürgerschaft hat den Vertrag mit Preußen wegen Gebietserweiterung von Bremerhafens einstimmig angenommen.

Oesterreich, Wien, 12. Jan. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat das Gesetz betreffend die Bestimmungen über die Durchführung des Staatsschulden-Consolidationsgesetzes mit dem Zusatz genehmigt, daß auch die Besitzer auf den Namen lautender Obligationen zur Convertirung gehalten seien und daß die Convertirung frei von Stempelgebühren erfolgen solle.

England, London, 11. Jan. Um dem Wachsen des Pauperismus zu begegnen, hat sich eine Auswanderungs-Liga gebildet, welche gleich der Anti-Kornlaw- und der Reform-Liga auf breiter Grundlage zu agitiren beabsichtigt. Ihre Zwecke hat sie in folgenden vier Resolutionen ausgedrückt: Der Regierung die dringende Nothwendigkeit einer nationalen Auswanderungspolitik zu Gemüthe zu führen, die sie gemeinsam mit den Colonial-Regierungen durchführen solle; die Auswanderung aus denjenigen Städten und Bezirken zu fördern, in denen aus Arbeitsmangel die Noth überhand genommen hat; zu diesem Zwecke die nöthigen Mittel zu beschaffen; Auswanderern Rath zu ertheilen und ihnen sonst hilfreich zur Hand zu gehen. Gegen die drei letzten Punkte ist wenig einzuwenden, aber wohl dürfte der erste auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Wird das die bestehenden Klassen vertretende englische Parlament eine Massenemigration auf Staatskosten befördern, durch welche eine Lohnsteigerung unmittelbar herbeigeführt wird? Und werden die Colonialparlamente zur Einfuhr von Arbeitern beistimmen, welche dort den Lohn herabdrückt? Beides ist sehr zu bezweifeln.

Frankreich, Paris, 11. Jan. Nach Oliviers Erklärung in der Kammer wird der Gerichtshof, vor den man Peter Bonaparte stellen will, aus 60 Geschworenen bestehen, die man den General-Räthen entnehmen will. Der Artikel Rocheforts in der „Marcellaise“, welcher zur Confiscation dieses Blattes und zu dem Antrage bei der Kammer, die Einwilligung zur Verfolgung des Verfassers zu geben, Veranlassung gewesen ist, lautet: „Mordthat, ausgeübt von dem Prinzen Peter Napoleon Bonaparte gegen den Bürger Victor Noir. Mordversuch, ausgeübt von dem Prinzen Peter Napoleon Bonaparte gegen den Bürger Uric de Fonvielle. Ich habe die Schwäche gehabt, zu glauben, ein Bonaparte könnte etwas anderes als ein Mörder sein. Ich habe mir einzubilden gewagt, ein ehrliches Duell wäre in dieser Familie möglich, wo Mordmord und Hinterlist traditionell und üblich sind. Unser Mitarbeiter Pascal Grouffet hat meinen Irrthum getheilt, und heute beweisen wir unseren armen und theuren Freund Victor Noir, hingerichtet von dem Bankirten Peter Napoleon Bonaparte. Wohlan, seit achtzehn Jahren befindet sich Frankreich in den blutigen Händen dieser Wegelagerer, die nicht zufrieden damit, die Republikaner auf den Straßen nieder zu kartätschen, sie auch in schmutzigen Hallen loden, um sie zu Hause zu erwürgen. Französisches Volk, findest Du nicht endlich, daß

werde, ist der raffinierteste Despotismus gezeichnet. Eine Wahrheit an sich, die über die Personen hinweggeht, giebt es für den Staatsstreich-Kaiser nicht, nur eine für ihn zugerichtete, corrumpirte Wahrheit, die er für sich benutzen kann.

Neben einen solchen Mann stellt sich nun Olivier als ein anderer Mirabeau. „Die Politik Mirabeaus, von allem gereinigt, was sie bloßgestellt hat, ist die einzige, welche in allen Ländern befolgt werden sollte, in denen neue Ideen mit einem Herrscher in Zwist liegen, der ihnen widerstrebt.“ Olivier will ein Kaiserthum retten, das ebenso in seinen Grundvesten schwankt, wie das Königthum Ludwigs XVI.; die nächste Zeit wird uns lehren, wie weit dies möglich ist.

Zunächst hatte Olivier nach dem 19. Januar die angenehme Erfahrung zu machen, daß Rouher in seinen Blättern die Meinung verbreiten ließ, Olivier habe sich unter dem Vorwand liberaler Vorschläge in die Tuilerien gedrängt und dort um einen Ministerposten nachgesucht. Die Scandalstucht benutzte dies aus. Verständige Männer glaubten es nicht, aber Oliviers Schilderung seiner Verhandlung mit dem Kaiser gewährte ihnen doch den Eindruck, daß er sehr kurzichtig und deshalb in Gefahr gewesen war, mißbraucht zu werden. Bei der Masse der Pariser Wähler hatte er abermals viel Vertrauen verloren.

Olivier erkannte selbst offenbar, daß er hatte bapirt werden sollen, und raffte sich zu einem neuen Kampfe gegen Rouher und dessen Regierungsweise auf, um neues Terrain in der Kammer zu gewinnen.

Er lagte Rouher wegen der lästigen Ausführung und Verpöschung der Reformen an; als Antwort darauf übersandte der Kaiser Rouher das Großkreuz der Ehrenlegion. — In der Debatte über das Preßgesetz ergriff Olivier sieben Mal das Wort, um ausführlich die Schädlichkeit der Maßregelungen der Presse nachzuweisen. Er verlangte nach seiner Ansicht, daß der Begriff des specifischen Preßvergehens aus der Gesetzgebung gestrichen und das gedruckte Wort dem gesprochenen gleichgestellt werde. — „Wer die Freiheit will, muß auch die Zügellosigkeit dulden“ sagte er sehr rich-

dem jetzt genug ist? Henri Rochefort.“ — Die Truppen sind für zwei Tage consignirt, und die Regierung hat vor, einzuschreiten, falls die morgen stattfindende Beerdigung des ermordeten Journalisten zu einer Demonstration führen sollte. Arbeiter, darunter die Gründer der „Marcellaise“, hatten sich heute vor dem gesetzgebenden Körper versammelt, um Rochefort bei seiner Ankunft eine Ovation dazubringen. Die Regierung hat sich nicht damit begnügt, die „Marcellaise“ mit Beschlagnahme zu belegen, auch die Pressen dieses Blattes sind fortgeschafft worden. Die auf heute angesetzt gewesenen Versammlungen in Belleville sind unter sagt worden.

— 12. Jan. Gesetzgebender Körper. Ferry kündigte eine Interpellation an betreffend die Verfassungswidrigkeit des höchsten Gerichtshofes sowie der Decrete, welche denselben betreffen. Olivier ersucht die Kammer, sich hiergegen zu erklären, da es sich nicht um eine Interpellation handle, sondern um einen Antrag, in dessen Ausführung sich der gesetzgebende Körper constituirende Gewalt beilege und einem bestehenden Senatusconsult zuwiderhandle. Die Kammer geht über den Antrag Ferry's zur Tagesordnung über. — Graf Daru macht gelegentlich einer Interpellation die Mittheilung, die Mitglieder des geheimen Rathes würden nicht an den Beratungen der Minister Theil nehmen, da letztere allein verantwortlich seien. Die Kammer beschäftigt sich heute vorzüglich mit Berathung ihrer Geschäftsordnung.

— Bei der Beerdigung Victor Roir's, welche heute ohne religiöse Ceremonien zu Neuilly stattfand, waren etwa 30,000 Menschen zugegen. Es herrschte große Aufregung und man rief: „Mach!“ „Es lebe Rochefort!“ — Vanciel, Gambetta und Rochefort wohnten dem Begräbniß bei; letzterer redete aus dem Fenster des Trauerhauses die Menge an, welche ihn oft durch Hochrufe unterbrach. Truppen und Polizeimannschaften hatten das Gebäude des gesetzgebenden Körpers besetzt.

Danzig, den 14. Januar.
* Wasserstand der Weichsel bei Dirschau am 13. Jan.: 15' 3". Die Eisdicke steht bei Dirschau noch unverändert fest.
* Wasserstand der Rogat bei Marienburg am 13. Jan.: 13' 1". Das zusammengehobene Eis unterhalb der Rogatbrücke steht noch fest und ist von oben her noch so viel dagegen getrieben, daß sich die Eispadung bis an die Stelle aufwärts erstreckt, wo im Sommer die Schiffsbrücke steht.
* Endlich wird heute die Fahrstraße von der Lohmühle nach Kengarten, nachdem die Promenade jetzt mit Sand bestreut ist, wie es längst hätte geschehen müssen, aufgethau und zwar, wie es den Anschein hat, auf Veranlassung des Kgl. Polizeipräsidenten. Wie wir hören, ist es zweifelhaft geworden, ob zur Aufhebung dieser Straße der Kgl. Chausseefiskus oder die Stadt verpflichtet sei. Wer die Kosten für die von dem Kgl. Polizeipräsidenten angeordneten Arbeiten zu tragen hat, wird sich herausstellen. Jedenfalls ist es im Interesse des Publikums wünschenswerth, daß die Entscheidung bald erfolge, damit der öffentliche Verkehr auf einer so frequenten Straße bei ähnlichen Gelegenheiten nicht auf berartige unerträgliche Hindernisse stößt.

* Der Gesangverein, welcher sich unter der Leitung des Hrn. Prediger Collin um die Pflege der geistlichen Musik hienorts bereits sehr verdient gemacht, führte gestern einem zahlreichen Publikum die große Es-dur Messe von Schubert, ein Werk voll großer Schönheiten und das mächtige Jubilae (100. Psalm) von Handel mit bewundernswerther Präcision vor. Die Soli waren durch Hrn. Marie Haupt und drei geschickte Dilettanten vertreten.
* In der gestrigen sehr zahlreich besuchten Sitzung des Gewerbevereins hielt Hr. Teubner einen Vortrag über die Einrichtung von Wasserleitung und Canalisation in den Häusern und zeigte dabei eine Menge von Gegenständen vor, die zu beiden Anlagen nothwendig sind.

* [Unfällefall.] Heute Vormittag wurde der Handlanger J. Dehms auf der R. Marinewerft durch ein in das Schiff „Ariadne“ hinein zu transportirendes, ca. 20 Ctr. wiegendes eisernes Band, das auf ihn fiel, so verletzt, daß er einen Armbruch und eine Rippenverletzung davon trug und in Folge dessen 7. Tragort in's Militärhospital geschickt werden mußte. Seit kaum einem halben Jahre ist es nun schon das dritte Mal, daß dieser Mann in Folge schwerer Verletzungen 6 resp. 9 Wochen die Arbeit hat einstellen müssen, ohne daß ihm der Vorwurf einer Nachlässigkeit oder Unvorsichtigkeit gemacht werden könnte; immer sind es Verhältnisse gewesen, die abzuwenden außer seiner Macht lagen, welche ihn zu Schaden kommen ließen.

* [Polizeiliches.] Gestohlen wurde: Dem Schuhmacher R. gestern zwischen 6 und 7 Uhr aus einem auf dem Hauptflur unverschlossen stehenden Kasten 1 Ueberzieher, 1 Pelz, 1 Kleid und 1 Bündel Wäsche im Gesamtwerthe von 18 R.; — der unversch. P. von einem 3 Treppen hoch belegenen Boden ein Kasten mit Kleidern und Wäsche; — dem Comm. R. aus seiner Wohnung 1 Ueberzieher; im letzteren Falle ist als Dieb die vorehl. Beizer ermittelt, welche den Ueberzieher bereits im Leibhant versteckt hatte. — Verhaftet sind gestern 7 Personen: 1

tig. Alle persönlichen Beziehungen zum Kaiser hatte Olivier abgebrochen. Dies hinderte ihn aber nicht, nach dem Verzeiwski'schen Attentat den Kaiser wegen seiner Rettung brieflich zu beglückwünschen, worauf schon nach einer halben Stunde ein warmes Dankschreiben aus den Tuilerien zurückkam. — Louis Napoleon wollte den brauchbaren Mann offenbar warm halten.

Große Anerkennung verdient der Muth, mit dem sich Olivier für das Recht der deutschen Nation auf ihre Einigung aussprach, nachdem er Deutschland auf einer Reise im Jahre 1867 kennen gelernt hatte. 1865 hatte er sich in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit für die Nichtintervention, aber auch für die Stärkung der deutschen Mittelstaaten unter dem Schutze Frankreichs ausgesprochen. 1866 vertheilte er dagegen die nationalen Bestrebungen Deutschlands gegen Oesterreich, erkannte die Concentration der deutschen Kräfte in der Hand Preußens als ein neues Moment der europäischen Politik an, und verlangte, daß Frankreich die deutsche Einheitsentwicklung geschehen lasse, weil sie nicht gegen dasselbe gerichtet sei, sondern ihm Vortheil bringen werde. Aufrichtige Freundschaft Frankreichs und Deutschlands und Entfernung des letzteren aus dem Bereiche des russischen Einflusses sind die Hauptgefahrpunkte, welche Olivier für die auswärtige Politik aufstellte. Ueber die römische Frage äußerte er sich verschiedentlich, und seine Ansichten haben offenbar darüber geschwankt. Einmal erklärte er sich für das Recht der Italiener auf Rom, und ein andermal sagte er, Rom dürfe nur dem Papst gehören und Frankreich habe ihn in diesem Besitz zu schützen, damit es der gesammten katholischen Welt verbleibe. Wahrscheinlich wird er indeß auch darin eine Vermittlung versuchen, indem er zwar das Papstthum in seiner Herrschaft schätzt, aber den Römern zu liberalen Institutionen verhilft, denn ohne eine solche Concession könnte er ja nicht liberaler Minister sein.

Jetzt haben wir noch auf Oliviers jüngste Entwicklungsschritte, seinen offenen Kampf mit der Demokratie und seine Erhebung zum Minister einzugehen.

freundlich; wiewohl er sich nie von einer gewissen Reserve losmacht, welche fast einer Art Furchtsamkeit gleicht, ist der Empfang seinerseits herzlich, von einer Höflichkeit, welche besticht. Er hört zu, wie Jemand, der zu behalten wünscht: hat er nichts völlig Entscheidendes zu erwidern, so läßt er den Andern fortfahren, unterbricht nur, um in wohl gewählten Ausdrücken eine gewichtige Einwendung zu machen. Sein Geist ist von keinem auffallenden Vorurtheil eingenommen, man kann ihm alles sagen, auch das, was seiner Meinung entgegensteht, selbst die Wahrheit, vorausgesetzt, daß man sich milde ausdrückt, mit einem sympathischen Gefühl für seine Person. Seine scheinbaren Inconsequenzen, welche vielen als Verstellung gegolten haben, sind die natürlichen Bewegungen einer eindrucksfähigen Seele. Man könnte behaupten, er sei nur für das Große zugänglich, wenn er nicht bisweilen das Wirkungsvolle mit dem Großen verwechselt hätte. Seine Entschlüsse kommen langsam zu Stande und es mißfällt ihm nicht, daß sie ihm wie eine äußere Nothwendigkeit entgegengebracht werden. Wenn man ihn mit Schreden davor erfüllt, so würde er sich der Freiheit zuwenden.“ Man erkennt leicht, daß diese Schilderung in's Schöne gemalt ist; Olivier zeichnet Louis Napoleon so, wie er ihm erschien, als dieser ihn gewinnen wollte, um ihn für sich zu gebrauchen, doch auch aus den Eigenschaften, welche Olivier dem Kaiser zuschreibt, geht hervor, daß dieser ein Mann von nur mittelmäßigem Geist ist, der die Dinge nur nach seinen Zwecken auffaßt, um sie für sich, seine Dynastie und seine Herrschaft auszunutzen. Für wahrhaft Großes hat dieser Mann der Gewalt so wenig jemals ein Gefühl gehabt, als für die Freiheit der Völker. Der Machiavellismus seines Oheims, der noch weit über das ursprüngliche System hinausging, ist für Louis Napoleon stets maßgebend gewesen, und wird es auch bleiben, wenn er auch die Form wechseln muß. Staatsstreich-Fürsten sind noch schlimmer als Erb-Fürsten. In der Aeußerung Oliviers, daß Louis Napoleon selbst die Wahrheit zu hören vermöge, wenn sie mit der Sympathie für seine Person verbunden

Febbr. III. Sm.	69 et b ₃	Jul. do. 74 ¹ / ₂ b ₃	Ediz. 467 ¹ / ₂
Febbr. Riquib. 4	56 ¹ / ₂ b ₃ u B	Dollars 1 11 ¹ / ₂ b ₃	Silb. 29 23

Druck u. Verlag von A. W. Rasemann in Danzig